

Marc Müller, Präsident KHM

Gesundheitspolitik ohne politischen Auftrag



Wenn diese Zeilen erscheinen, sind die Aktionstage der Ärzteschaft vom 24. März (Waadt und Genf) bis zum 1. April (Deutschschweiz) schon Vergangenheit. Über die vordergründigen Ursachen dieser von den Medien zum «Streik» hochstilisierten Kundgebungen wurde schon viel geschrieben und noch mehr geredet und die bevorstehende Senkung der Labortarife durch «Departementsverordnung» als

der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte, identifiziert.

Aber wo liegen die wahren Gründe für diese tiefe, scheinbar unüberbrückbare «Malaise», die wir Hausärztinnen und Hausärzte gegenüber BAG und EDI empfinden?

Zu Zeiten von Bundesrätin Dreifuss schien die Welt noch in Ordnung, immerhin hat sie uns als «Dreh- und Angelpunkt des Gesundheitssystems» gelobt. Allerdings fiel auch die Erfindung der unseligen Kostenneutralität in ihre Amtszeit. Diese machte die zumindest ansatzweise betriebswirtschaftliche Berechnung des TARMED aus Sicht der Grundversorger vollständig zunichte. Seither folgen sich die Hiobsbotschaften Schlag auf Schlag!

Zwei Tarifsenkungen im Laborbereich haben wir hinter uns, die dritte steht bevor, die Qualitätskontrollen im Röntgen haben sich als völlig übertrieben entpuppt. Im Bereich der DMA droht eine massive Senkung der Marge für Hausärztinnen und Hausärzte. Eine Hausärztepetition wurde trotz 300 000 Unterschriften als «Strohfeuerchen» abgetan.

Sämtliche politischen Entscheide der letzten Jahre im Bereich des Gesundheitswesens haben sich, trotz verbaler Lobeshymnen der Politikerinnen und Politiker, als «Antihausarztspolitik» entpuppt. Wer

von Qualität sprach, meinte Reduktion der Attraktivität des Hausarztberufes. Auch unsere Aus- und Weiterbildung wurde immer wieder als zu teuer gebrandmarkt und ein Ersatz «zumindest gewisser Funktionen des Hausarztes» durch Nurse Practitioners in Aussicht gestellt.

Kein Wunder, dass in unseren Kreisen der Verdacht entstand, im BAG oder sogar im EDI bestehe eine «Hidden agenda» mit dem Ziel, unser Gesundheitssystem umzukrempeln. Aber in wessen Auftrag? Auf jeden Fall fehlen dazu bisher jeglicher politische Auftrag, jeder Meinungsbildungsprozess, jede Bevollmächtigung durch das Volk, durch die Patientinnen und Patienten oder durch die Prämienzahler.

Unser System funktioniert bisher sehr gut, jedenfalls besser als alle noch stärker regulierten Systeme im umliegenden Ausland und als alle Staatsmedizinmodelle, die ich kenne. Alle Meinungsumfragen bestätigen dies. Woher also der Auftrag?

Vor allem diese Eigendynamik der Verwaltung schafft dieses Klima von Frustration und Ohnmacht, dieses Misstrauen, bringt die Ärztinnen und Ärzte dazu, sich an Kundgebungen und Aktionstagen zu beteiligen, auf die Strasse zu gehen, weil sie sich anders kein Gehör verschaffen können, weil rationale Argumente stur übergegangen werden.

Als «Dreh- und Angelpunkte des Gesundheitswesens» verlangen wir einen offenen Prozess der Meinungsbildung, eine Gesundheitspolitik, über die das Volk entscheiden kann und muss, keinen Alleingang der Verwaltung, deren Aufgabe es nie sein kann, Politik zu machen, sondern diese umzusetzen.

Sonst könnte leicht aus einigen «Aktionstagen» ein echter Arbeitskampf (streiken können ja nur Angestellte ...) entstehen!